

Quo Vadis, Europa? Europas Wirtschaft im 21. Jahrhundert

Zusammenfassung einer gemeinsam vom Dr. Karl Renner-Institut, dem Verein für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften im Bund Sozialdemokratischer Intellektueller, dem Bruno Kreisky Forum für Internationalen Dialog und dem Netzwerk Innovation organisierten Tagung in Wien.

10. bis 12. November

Die Tagung wurde im Bruno Kreisky Forum mit einer Podiumsdiskussion – Szenarien für Europas Wirtschaft – am 10. November mit folgenden Teilnehmern eröffnet:

Hannes Bauer, Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ

Claudia Schmidt, VGW/Verein für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften im Bund Sozialdemokratischer Intellektueller

Hans Helmut Kotz, Präsident der Landeszentralbank Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Maria Kubitschek, Abgeordnete zum Nationalrat, Wirtschaftsstandortsprecherin der SPÖ

Thomas Nowotny, Oesterreichische Nationalbank

Résumé von Stephan Schulmeister und Brigitte Marcher

Die in sechs Panels behandelten Problembereiche der Tagung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Wirtschaftsszenarien für Europa (1), Wettlauf USA-Europa (2), Globalisierung der Währungsmärkte (3), Zukunft von Arbeit und Wirtschaft (4) und Zukunft der europäischen Wirtschaftspolitik (5).

zu 1+2: Die Referate von Hans-Helmut Kotz (Präsident der Landeszentralbank von Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt) und von Klaus Gretschmann (Ministerialdirektor im deutschen Bundeskanzleramt) betonten die Notwendigkeit, dass sich die europäische Politik den geänderten Rahmenbedingungen neu anpassen müsse. Kotz bezog sich dabei primär auf die durch die Europäische Währungsunion (EWU) eingeschränkten wirtschaftspolitischen Möglichkeiten, Gretschmann hingegen auf die Herausforderungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und des verstärkten globalen Wettbewerbs. Die EWU würde, so Kotz, die Rahmenbedingungen sowohl für Märkte als auch die Politik nachhaltig ändern. Für die Finanzmärkte erwarte er durch die EWU mehr Transparenz, einen stärkeren Konkurrenz- und damit Rationalisierungsdruck. Der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum würde, so Kotz, als Folge des EWU eingeschränkt. Gretschmann entwickelte den Anpassungsbedarf (wirtschafts)politischen Handelns in der EU aus dem Ziel, mit den USA gleichzuziehen, was insbesondere eine effiziente und nachhaltige Umsetzung der IKT erfordere. Dabei gelte es, die neuen Technologien in die bestehenden und gleichzeitig zu erneuernden Strukturen einzubetten. Fünf Eigenschaften, so Gretschmann, charakterisierten dabei die Rolle des Staates: Er müsse den Bürgern Hilfe zur Selbsthilfe geben (aktivierender Staat), zwischen den Sozialpartnern vermitteln (moderierender Staat), die Infrastruktur verbessern ("Rahmensetzender" Staat), die Modernisierung der Systeme der sozialen Sicherheit vorantreiben (modernisierender Staat) und die Existenz gemeinnütziger Einrichtungen sichern (flankierender Staat). Diese neue Etappe im Integrationsprozess der EU nannte Gretschmann "innovationsgetrieben". In ihrer Reaktion auf Kotz und Gretschmann kritisierte Maria Kubitschek (Nationalratsabgeordnete und Wirtschaftssprecherin der SPÖ) vor allem das völlige Fehlen einer Wirtschaftsethik, die gerade in Zeiten wirtschaftlicher und damit auch sozialer Umbrüche notwendig wäre. Thomas Nowotny (Dozent für Politikwissenschaft)

verwies auf dreierlei Widersprüche: Dass es nicht Menschen sondern Kapitalinteressen seien, die im Zentrum der Informationsgesellschaft stünden, dass Mega-Fusionen immer stärker an Bedeutung gewannen, ohne dass deren Effizienz bewiesen wäre und dass der Aktienmarkt immer wichtiger würde, während die Aktienemissionen nicht die gewünschten Finanzierungsbeträge zu Investitionen leisteten. Alfred Reiter (Vorstandsvorsitzender der Investkredit Bank AG) erklärte die Unterschiede zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Gesellschaftsmodell aus der historischen Entwicklung und plädierte für eine EU-Wirtschafts- und Sozialmodell, das die europäische Identität stärke. Ewald Nowotny (Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank) meinte, dass die Sozialdemokratie mit der Sozialen Marktwirtschaft einen dritten Weg zwischen den Extremen des in den USA dominanten Neoliberalismus einerseits und "alt-konservativen" bzw. "neu-romantischen" Strömungen in Europa gewählt habe. Wie Reiter betonte er, dass es einer Stärkung des europäischen Selbstbewusstseins hinsichtlich des Sozialstaats bedürfe. Nowotny und Bernhard Engleder (Vorstandsdirektor der ASFINAG) unterstrichen die Bedeutung von Investitionen in die Infrastruktur als Wachstumsfaktor. Stephan Schulmeister (WIFO) bezweifelte, dass höhere Flexibilität der Märkte, das geringere Maß an Regulierungen und die generell schwächere Stellung des Staates Ursachen für den Wachstumsvorsprung der USA in den 90er Jahren seien. Er entwickelte eine Alternativerklärung aus dem Vergleich jener Phase der Nachkriegszeit, in der die (west-)europäische Wirtschaft wesentlich stärker gewachsen war als jene der USA mit den 90er Jahren, in denen die USA einen Wachstumsvorsprung erzielen konnten. Er kam dabei zu dem Schluss, dass die USA in den 90er Jahren eine solche Wirtschaftspolitik betrieben hätten, die in wichtigen Punkten der europäischen Wachstumsstrategie der Vollbeschäftigungsphase ähne. Folge man dieser Erklärung, so Schulmeister, wäre eine Erneuerung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft auf EU-Ebene ein Leitbild für eine langfristige Strategie der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Deren Schwerpunkt sollte es sein, das unternehmerische Gewinnstreben statt auf die Finanzmärkte wieder auf die Gütermärkte zu fokussieren.

zu 3: Gertrude Tumpel-Gugerell (Vize-Gouverneurin der Oesterreichischen Nationalbank) resümierte eingangs in fünf Punkten die Lehren, die die Notenbanken aus den jüngsten Finanzkrisen gezogen haben: Die Finanzmarktaufsicht müsse verstärkt, das Tempo der Liberalisierung der Finanzmärkte gedrosselt werden, die Schulden der ärmsten Entwicklungsländer gestrichen und die institutionellen Rahmenbedingungen in weniger entwickelten Ländern verbessert werden und schließlich müsse den systemischen Risiken von Finanzkrisen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Euro-Projekt, so Tumpel-Gugerell, stelle einen bedeutenden Schritt zu mehr Stabilität dar. Hans-Helmut Kotz führte den neuen Regulierungsansatz der Notenbanken ("Basel II") und die Problematik der Risikobewertung von Akteuren auf Finanzmärkten näher aus. Hintergrund dieser Strategien, so Kotz, wäre folgender Widerspruch: Einerseits bräuchte moderne und gleichzeitig globalisierte Wirtschaften effiziente Kapitalmärkte, andererseits neigten diese zu "Übertreibungen". Ferdinand Lacina (langjähriger Finanzminister und derzeit Konsulent der "Erste Bank") bezweifelte, dass eine verbesserte Aufsicht über die Finanzmärkte ihre Krisenanfälligkeit überwinden könne. Eine viel wichtigere Ursache stelle, so Lacina, die ungleichgewichtige Entwicklung von Transaktionen auf den Finanz- und den Gütermärkten dar. Rudolf Scholten (Kontrollbank) meinte, dass die wichtigsten Lehren aus den Finanzkrisen 1997/98 noch nicht gezogen wären. Er erwarte sogar, dass sich die global agierenden Anleger in einer ähnlichen, neuerlich auftretenden Situation im wesentlichen gleich verhalten würden. Demgegenüber vertrat Stephan Schulmeister einen diametral widersprechenden Erklärungsansatz über die Dynamik der Finanzmärkte: Das "overshooting" von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen, stelle, so Schulmeister, keine Ausnahme, sondern die Regel auf Finanzmärkten dar. Diese neigten zu manisch-depressiven Stimmungsschwankungen. Gefördert würde diese Instabilität noch durch die Liberalisierung, durch die Spekulation erleichternde Finanzinnovationen und gestiegene Renditeansprüchlichkeit. Schulmeister verwies abschließend auf einen Widerspruch: Während sich einerseits der Prozess der Globalisierung von Märkten und Unternehmen in den letzten drei Jahrzehnten intensiviert habe, sei dieser andererseits nicht

durch eine Globalisierung der Währungssystems akkomodiert worden.

zu 4: Franz Lehner (Professor an der Ruhr-Universität Bochum) meinte, er halte zwar die These, wonach in Zukunft nur mehr relativ wenige Menschen über normale und gesicherte Arbeitsplätze verfügen würden, für falsch, betonte aber gleichzeitig die Notwendigkeit von Reformen, um die Beschäftigungslage nachhaltig zu verbessern. Wichtig wäre es, so Lehner, die Kosten des Faktors Arbeit zu senken und das erworbene Wissen produktiv umzusetzen. Die "New Economy" werde das Erfolgspotential von Eigeninitiativen und – verantwortung erweitern. Bernd Marin (Direktor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung) sagte, die Bewältigung der Probleme erfordere eine Ausdehnung der Lebenserwerbsarbeit. Diese wiederum müsse mit einem höheren Maß an Flexibilität einhergehen. Dabei plädierte er vor allem für mehr Flexibilität in der Organisation der Arbeitszeiten und ihrer Entkopplung von den Betriebszeiten. Fritz Strobl (Landtagsabgeordneter in Wien) erklärte am Beispiel der Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, dass mehr Flexibilität keinesfalls immer zu besseren Problemlösungen führe. Hannes Bauer (Nationalratsabgeordneter) verwies auf die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung und sprach sich strikt gegen eine Niedriglohnpolitik nach amerikanischem Vorbild aus.

zu 5: Carlo Trojan (Botschafter der EU bei der Welthandelsorganisation) bezeichnete die "New Economy", die Bewältigung der sich aus der demographischen Entwicklung ergebenden Finanzierungsprobleme der Altersversorgung und eine solide makroökonomische Politik als die drei größten Herausforderungen für die EU. Klaus Gretschmann nannte die Modernisierung des Sozialstaats, die Förderung eines neuen Unternehmertums und die Umgestaltung des Staates (s. ad1) die wichtigsten Ziele. Hans-Helmut Kotz kommentierte abschließend noch einmal die Bereiche der Entwicklung der Kapitalmärkte und der Pensionsfinanzierung. Franz Lehner sprach von einem generellen Rückstand der EU im Bereich der Innovationen, der durch die Konzentration auf "alte" Märkte bedingt sei. Franz Struzl (Stellv. Generaldirektor der VA Stahl) appellierte an die Politik, langfristig orientierte Infrastrukturprojekte voranzutreiben. Alfred Gusenbauer (SPÖ-Vorsitzender) betonte, dass Politik vor allem deutlich machen müsse, welchen Interessen bzw. sozialen Gruppen bestimmte Maßnahmen zugute kommen sollten. Gerade auf EU-Ebene würde oft der Eindruck einer interessensneutralen Politik vermittelt. Diese Entwicklungen würden auch dadurch gefördert, dass die EU-Institutionen in geringerem Ausmaß demokratisch legitimiert und Wählern verpflichtet sind als die Institutionen in den einzelnen Mitgliedsländern. In diesem Zusammenhang forderte Gusenbauer von und für die EU demokratiepolitische Visionen wie etwa das Ziel eines Zwei-Kammern-Parlaments oder die Wahl des EZB-Präsidenten. Im Bereich der EZB bestehe ein wirtschaftspolitisches Defizit. Ihre Geldpolitik, so Gusenbauer, sei intransparent und übermäßig restriktiv. Sie lasse sich nur vom Ziel der Inflationsbekämpfung leiten, nicht aber von dem einer höheren Beschäftigung und trage damit auch zum Problem der Arbeitslosigkeit bei.